

Links diskutiert

3 Was ist sozial? Neues Denken auch in Potsdam?

Potsdam-West

6-9 Vom „Momperbau“, Kino „Charlott“, Luftschiffhafen bis Pirschheide

Unser Land

10/11 Kurze Bilanzen nach 100 Tagen ROT-ROT

Potsdam-West braucht eigenen Bürgertreff

Baustart im Sportpark Luftschiffhafen/LINKE mit kritischen Hinweisen für den Stadtteil Potsdam-West

Auf dem ersten Frühschoppen „Rathausreport live“ in diesem Jahr, am 31. Januar, im Jugendklub 91 in Potsdam-West gab u. a. Andreas Klemund, Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH (rechtes Foto, r.) Auskünfte über das Werden und Wachsen des Sportparks. So informierte er, dass der Baustart für die Mehrzwecksporthalle im Juni vorge-

sehen sei. Bis Ende März sollen zwei leer stehende Wohnheime abgerissen werden. Klemund will auch Durchgänge zum Uferweg schaffen. Der Sportpark brauche mehr Öffentlichkeit, betonte er. So soll u. a. in Abstimmung mit der Denkmalpflege die historische Mauer an der Zeppelinstraße „durchlässiger“ gestaltet werden.

Den Finger in einige „Wunden“ in Potsdam-West legte Bernhard Heimann, BO-Vorsitzender in der Brandenburger Vorstadt (linkes Foto, stehend). So kritisierte er mit Nachdruck die noch immer nicht absehbare Barrierefreiheit im Stadtteil. Besonders fragwürdig sei der Bahnhof Charlottenhof in dieser Sache. Weitere Schwerpunkte waren die man-

gelnden Einkaufsmöglichkeiten Auf dem Kiewitt, die erschreckende Brache des ehemaligen Kinos „Charlott“. In diesem Zusammenhang erneuerte Heimann die Forderung der Bewohner von Potsdam-West nach einem eigenen Bürgertreff. (Weitere Berichte auf unseren ySeiten 6-9)

Fotos: Martin



Auf ein Wort...



Parteitag soll erste Bilanz ziehen

Von Thomas Nord, Landesvorsitzender DIE LINKE.Brandenburg

Die Brandenburger LINKE wird am 13./14. März 2010 einen Landesparteitag in Potsdam durchführen. Neben den regulären Vorstandswahlen werden die 150 Delegierten eine Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit und die weiteren Aufgaben für die Partei diskutieren. Im Leittrag fordert der Vorstand, umgehend mit der Programmdebatte zu beginnen und den Vereinigungsprozess der Partei, die im Jahre 2007 aus WASG und PDS entstand, zügig voranzubringen. Außerdem will die Partei verstärkt um neue Mitglieder werben. Die Regierungsarbeit sieht der Landesvorstand nach Anfangsschwierigkeiten der rot-roten Koalition auf einem guten Weg. In einem weiteren Antrag heißt es: „Wir werden uns eigenen Fehlern stellen und sie nach Kräften korrigieren. Wir werden jedem Druck widerstehen, der Rot-Rot in Brandenburg blindlings als illegitim bekämpft und um jeden Preis beenden will.“ DIE LINKE will in der Landespolitik klare linke Akzente umsetzen. Dazu zählen die Themen gute Ar-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

März 2010

Noch

2

Monate Zeit, um das Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ zu unterstützen! Ihre Unterschrift zählt!

Weichenstellung war richtig und trägt erste Früchte

Von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Landtag

Es ist gut für Brandenburg, dass sich SPD und LINKE vor 100 Tagen entschieden haben, nach der Sondierung über eine Koalition zu verhandeln. Denn mit der CDU waren Vorfahrt für Bildung, soziale Gerechtigkeit und umfassende Erneuerung des Landes nicht zu erreichen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele sind die richtigen. Denn sie bringen Brandenburg weiter nach vorne.

Schon jetzt haben wir wesentliche Weichen gestellt. Dazu gehört ein Haushalts-Eckpunkte-Entwurf, der trotz Krisenfolgen und schwarz-gelber Bundespolitik an den Vorhaben der Koalition keine Abstriche macht. Dennoch weitet er die Neuver-

schuldung des Landes nicht auf das Äußerste aus.

Zentrale Vorhaben sind auf den Weg gebracht: Sofortige Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer, Zwangsversetzungen von Lehrern wie unter der Vorgängerkoalition wird es mit Rot-Rot nicht geben, Einrichtung eines Schüler-BaföG, Verbesserung des Kita-Personalschlüssels, Langzeitarbeitslose werden im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) existenzsichernde Arbeit erhalten, die jahrelang von der Justiz geforderte Stärkung der Sozialgerichtsbarkeit ist mit der massiven Aufstockung und der bereits erfolgten Entfristung von Arbeitsverträgen für das Justiz-



personal erfolgt, der Datenschutz ist gestärkt, die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen aufgehoben.

Im Landtag ist eine neue politische Kultur eingezogen: Ausschüsse tagen nach langem CDU-Widerstand nun öffentlich. Oppositionsanträge werden nicht mehr, wie unter CDU-Ägide, prinzipiell niedergestimmt.

(Fortsetzung von SEITE 1)

beit, gute Bildung für alle, die öffentliche Daseinsvorsorge und eine Stärkung der Kommunen.

Als erste Erfolge linker Regierungspolitik wertet der Vorstand die Schwerpunktsetzungen des Haushaltsentwurfes, die ersten Schritte für ein Vergabegesetz und den erhöhten Stellenwert der Europapolitik in der Landespolitik. Die Landesregierung sorgte außerdem für den Ausbau der Rechte der Bürgerinnen und Bürger. So ist in den ersten 100 Tagen ein neues Datenschutzgesetz auf den Weg gebracht worden, die Residenzpflicht abgeschafft und eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt worden. An den Sozialgerichten konnten 28 Stellen des mittleren Dienstes entfristet und zusätzliche Richter eingestellt werden. Der Parteitag beschäftigt sich außerdem mit der Frage, wie die Partei zukünftig die Auseinandersetzung um die DDR-Geschichte handhaben will.

Allen Leserinnen unsere herzlichsten Glückwünsche zum Internationalen Frauentag am 8. März 2010!

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeiter; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Dresden: Nazis hatten keine Chance!

Es wäre gut, den Menschen die stille Trauer zu überlassen, stille Trauer und stille Mahnung. Wie es in der DDR üblich war (Frauenkirche). Seit 1997 haben jedoch Faschisten Dresden am 13. Februar jeden Jahres zum „Wallfahrtsort“ gemacht. Sie schüren Hass, verdrehen die Tatsachen und verschweigen die Ursachen für dieses furchtbare Bombardement. Sie ziehen jährlich grölend, Angst und Schrecken verbreitend, durch Dresden.

In diesem Jahr sollte es der europaweit größte geplante Aufmarsch werden.

Wenn sich unsere Eltern und Großeltern mehr Gehör bei der Jugend schaffen könnten – und wenn es ein „verordneter Antifaschismus“ wäre – wenn dieser Spuk einfach grundgesetzkonform verboten würde, dann hätten die paar tausend Faschisten gar keinen Grund, nach Dresden zu pilgern. Die Tatsachen liegen jedoch anders: „Unsere Regierung“ genehmigt immer wieder diesen Spuk und beruft sich dabei auf Demokratie – lachhaft – wenn es nicht so bitter ernst wäre!!!

Aus vielen europäischen Ländern reisen die alten und neuen Faschisten an, marschieren durch Dresdens Straßen und verbreiten rassistische, menschenfeindliche Parolen und leugnen die Ursache des Krieges.

Dem stellt sich neben der still trauernden Dresdner Bevölkerung inzwischen ein buntgemischtes Bündnis aus vielen Tausend Menschen entgegen, geführt von

der VVN-BdA, wo genau die Generation unserer Väter vorn weg geht... Wo Recht zu Unrecht wird – wird Widerstand zur Pflicht !!!!

Nicht Gewalt, keine Unruhe, keine Randalen – sondern den braunen Horden den Weg versperren – anders als unsere Großeltern einst, die geduldet haben, weggesehen, wenn sie nicht gar mitgelaufen sind...

Und da bewundere ich die vielen tausend aufrechten Menschen, die den Tag bei Kälte und Schneeregen – fern von einem

schönen Familiensamstag – mit Kindern, Freunden und Enkeln – den Mut und Standhaftigkeit aufbrachten, – unter Gefahr von Wasserwerfern getroffen, von Gummiknüppeln vertrieben, von rechtsextremen Schlägertrupps buchstäblich gelyncht zu werden, nutzten – um den Dresdnern – aber auch der ganzen Welt zu zeigen – NIE WIEDER !!!! - und das ist uns in Dresden gelungen.

Alle Wege, die vom Neustädter Bahnhof wegführten, waren bis 17 Uhr blockiert! Kein Faschisten-

Wanderausstellung „Was damals Recht war...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ Vom 03.03. bis 07.04.2010 in den Bahnhofspassagen Potsdam

Mittwoch, 03.03.2010, 13 Uhr
Eröffnung der Ausstellung

durch Jann Jakobs (Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam und Schirmherr der Ausstellung in Potsdam), **Redebeiträge von**

- Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Justiz e.V.)
- Uwe Neumärker (Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas)
- Dr. Jörg Kwapis (Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen e.V.)

Montag, 08.03.2010, 15 Uhr
und Dienstag, 09.03.2010, 11 Uhr
Zum Tode verurteilt... Der Wehrmachtsdeserteur Ludwig

Baumann berichtet Schülern als Zeitzeuge

Mittwoch, 10.03.2010, 19 Uhr
Wehrmachtsjustiz im „Dritten Reich“: Herrschaftsinstrument einer Kriegsgesellschaft

Vortrag von PD Dr. Christoph Rass, Aachen

Mittwoch, 17.03.2010, 19 Uhr
Frühe Selbstentlastung der Wehrmachtrichter – späte Rehabilitierung der Opfer.

Phasen der Aufarbeitung
Vortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg

Mittwoch, 24.03.2010, 19 Uhr
Die Umsetzung von Urteilen der Wehrmachtsjustiz in der Region Brandenburg

Vortrag von Dr. Almuth Püschel, Potsdam



marsch durch die Dresdner Innenstadt.

Die von der Polizei gezählten ca. 6.400 Faschisten kamen einfach nicht vom Bahnhof weg – und mussten am Ende unverrichteterdinge wieder abfahren. Nur diesen standhaften Stirnbiestern ist es zu verdanken, dass es auch in Halbe inzwischen keine solchen Aufmärsche mehr gibt.

Ich habe viele Dresdener BürgerInnen mit der weißen Rose im Knopfloch gesehen, aber auch die Provokationen der „Sicherheitskräfte“. Und solange Faschisten marschieren, bin ich es der Generation meiner Großeltern, aber auch der meiner Enkel, schuldig, dem meine Stirn entgegenzusetzen – mit allem was dahinter steckt...

Frank Ehrhardt, Potsdam

Nix Neues in Sachen Erinnerung!

Zur „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung“

Unter diesem Thema verabschiedete das Bundeskabinett am 18. Juni 2008 einen Beschluss, der sich mit den künftigen Aufgaben der Erinnerungsarbeit an die „beiden Diktaturen NS-Regime und SED-Regime“ beschäftigt.

In einer Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Luc Jochimsen, unter der Überschrift „Nix Neues im neuen Gedenkstättenkonzept“ heißt es, u.a.: „Wenn es um die zu bewältigenden Aufgaben der Erinnerungsarbeit geht, bleibt die neue Konzeption – wie die alte – hinter der Notwendigkeit des Erinnerns zurück...“

In der Einleitung der Konzeption heißt es zwar unmissverständlich: „Es ist unverzichtbar, den Unterschieden zwischen NS-Herrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen... Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft wird durch

das Wissen um die Unvergleichlichkeit des Holocaust bestimmt.“ Also keine Gleichsetzung mehr mit erster und zweiter Diktatur. Das ist endlich Klartext und war überfällig.

Aber wer die Texte zur Gedenkstättenkonzeption aufmerksam liest und die Diskussion dazu verfolgt, dem entgeht nicht, wie mit weiterwirkender Gleichsetzung und überproportionaler Gewichtung der „SED-Diktatur“ die Geschichte entgegen dem oben Zitierten wieder „gerade gerückt“ wird. Das wird nicht zuletzt auch in der Verteilung der Mittel deutlich.

Es wird bei der Vergabe der Mittel für Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen der Eindruck erweckt, als sei die Erforschung des Nazismus bisher überproportional gefördert und im Übrigen abgeschlossen. Des-

halb sei es nun an der Zeit, mit der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (zu der es für die Erforschung des Nazismus keine vergleichbare Institution und Förderung gibt) endlich schwerpunktmäßig die DDR-Geschichtsforschung zu fördern.

Das führte auch zur Ausgrenzung von Verfolgtenorganisationen (NS-Verfolgte) aus verschiedensten Gremien der Gedenkstättenpolitik im Bund und in den Ländern.

Der ehemalige Brandenburger SPD-Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg bedauert in einem Interview in der Zeitung „Potsdamer Neueste Nachrichten“ von Anfang November 2009 das Nichtzustandekommen der Institution eines „Landesbeauftragten für beide Opfergruppen“ in Brandenburg (wie es im Gesetzentwurf vorgesehen war),

quasi also eines „Diktaturfolgebeauftragten“!!!

Er bezeichnet es als „eine spezifische Sicht auf die Diktaturgeschichte, die wir hier in Deutschland haben: Hier wird das Trennende dieser Diktaturen viel stärker betont, und es gibt geradezu Angst, auf Wesensgleichheit hinzuweisen“. Eine Gleichsetzung der verschiedenen Epochen und ihrer Opfer sei geboten, ist seine Konsequenz. Das wird sicher die Richtung sein, aus der der erinnerungspolitische Wind in den kommenden Jahren wehen wird!

Wir rufen unsere Mitglieder und Freunde auf, sich an dieser Stelle zu diesem Thema – vor allem aus aktuellem Erleben – zu äußern. Schickt Eure Meinungen und Erlebnisberichte an die Redaktion.

L. Einicke, Deutsches Mauthausen Komitee Ost

Was ist sozial?

„Sozial ist, was Kaufkraft schafft“ – von Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Eigentlich klar, sollte man meinen – sozial ist natürlich, wenn in einer reichen Gesellschaft (wie der unsrigen) ein Ausgleich zwischen den unterschiedlich mit Vermögen und Einkommen ausgestatteten Teilen stattfindet, um allen – also auch den Schwächeren – ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dies zu gestalten, ist eine zentrale Aufgabe des Staates, dazu hat er die Instrumente der Steuer-, Finanz-, Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dieses „Sozialstaatsgebot“ des Grundgesetzes (GG) korrespondiert mit Artikel 14, Absatz 2 GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Doch die Realität sieht anders aus: Da muss der Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen werden, dass „Hartz IV“-Leistungen nicht „freihändig“, sondern besonders bei Kindern und Jugendlichen bedarfsgerecht ermittelt werden müssen. Diese nachträgliche Ohrfeige für „Rot-Grün“ wird nicht dadurch besser, dass die Unionsfraktion 2003 im Bundesrat noch weitergehende Plä-

ne des Sozialabbaus verfolgte. Da attackiert der Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Westerwelle in einem verbalen Amoklauf die Opfer der Wirtschaftskrise. Diese wurde wesentlich von den verantwortungslosen Teilen „unserer“ Wirtschaftselite verursacht. Übrigens die gleiche Klientel, die (erfolgreich) nach dem staatlichen Schutzschirm ruft, wenn ihre Gewinne bedroht sind.

Da wird festgestellt, dass die Realeinkommen in den letzten Jahren gesunken und die Einkommensungleichheit und Armut seit dem Jahr 2000 in keinem anderen OECD-Land stärker zugenommen hat als in Deutschland (OECD-Bericht).

Da entziehen sich Superreiche ihrer Steuerpflicht, obwohl ihre Steuerlast in den letzten Jahren immer mehr reduziert wurde.

Da klagen Länder und Kommunen über Steuermindereinnahmen, die die logische Konsequenz einer staatlichen Umverteilungspolitik ist, die „Rot-Grün“ mit eingeleitet hat und die „Schwarz-Gelb“ nun verschärft.

Ein Musterbeispiel für die Versuche, den Begriff „sozial“ in das

Gegenteil zu verkehren, ist das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ Mit dieser Parole wurden der Niedriglohnsektor wie auch Zeit- und Leiharbeit dramatisch ausgeweitet. Zugespielt formuliert – mit ihr ließe sich auch Sklavenarbeit rechtfertigen.

DIE LINKE hat ein anderes Verständnis von „sozial“. Sozial kann nur „gute Arbeit“ sein, dazu gehört natürlich ein Einkommen zum (menschenwürdigen) Auskommen, mit dem über das reine Existenzminimum hinaus auch die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, an Kultur, Bildung, Sport usw. finanziert werden kann. Volkswirtschaftlich ist das sozial, was Kaufkraft schafft und nicht das, was Superreiche noch reicher macht.

Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, die gute Tarifverträge durchsetzen können, deshalb sind wir für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes.

Sozial ist, wer sich für die Gleichstellung in Lohnfragen einsetzt. Wir fordern gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit. Wir fordern dies für

Männer und Frauen, in Ost und West, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Gerade Jüngere, Familien mit Kindern und besonders Alleinerziehende werden immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt und sind von Armut betroffen oder bedroht.

Wir bleiben dabei – Hartz IV muss weg, die Rente erst ab 67 ist zurückzunehmen und der Rentenwert Ost-West zügig anzugleichen.

Mit dem 10-Punkte-Sofortprogramm hat DIE LINKE bereits vor der Bundestagswahl realisierbare Schritte für eine armutsfeste und finanzierbare soziale Sicherung vorgeschlagen. Das Geld dafür ist vorhanden, es befindet sich nur in den falschen Händen (bzw. auf den falschen Konten). Wir brauchen eine Rückverteilung zu Gunsten der großen Mehrheit unserer Bevölkerung, denn ohne eine Korrektur der Besitz- und Einkommensentwicklung sind die sozialstaatlichen Aufgaben, sind öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung für alle nicht finanzierbar.

Ein historisches Urteil!

Bundesverfassungsgericht: Hartz-IV-Gesetze verletzen die Menschenwürde

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Hartz-IV-Gesetze die Menschenwürde verletzen und gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verstoßen. Mit dem Karlsruher Urteil wird das gesamte Konstrukt der Demütigung, Repression von Menschen und des massiven Drucks auf die Löhne grundlegend gerügt.

Die Richter haben dem Gesetzgeber aufgegeben, binnen Jahresfrist zu klären, was ein Mensch zum Leben braucht. Das Urteil muss nun genutzt werden, um in dieser Legislaturperiode ein menschenwürdiges, gerechtes, repressionsfreies System der sozialen Sicherung und fairer Löhne zu entwickeln. DIE LINKE wird eine bedarfsdeckende Mindestsicherung in Höhe von 500 Euro als Regelleistung für Erwachsene, eine eigenständige Kindergrundsicherung und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einfordern. Wir werden für die Überwindung von prekärer Beschäftigung und Niedriglohn und für Steuergerechtigkeit kämpfen.

DIE LINKE möchte sich bei den vielen Menschen bedanken, die in den vergangenen Jahren gegen diese Hartz-IV-Gesetze gekämpft und Alternativen angeboten haben.

Dieses Urteil war für unseren Außenminister Anlass, den „geistigen Sozialismus“ zu verkünden, wo eine breite Masse mit Selbstverständlichkeit die Hand aufhört, um das Geld des deutschen Steuerzahlers zu empfangen. Sollte der dabei neben den Arbeitslosen an die Beamten und Politiker gedacht haben? Aber schnell sollte der erreichte Sozialismus genossen werden. Denn unsere „spätromische Dekadenz“, verursacht durch einen politisch versprochenen „anstrengungslosen Wohlstand“, gepaart mit einer sich rasant verbreitenden Hartz-IV-Mentalität, führt zum Untergang des freiheitlichen Deutschlands, wo sich noch Leistung bei einem Stundenlohn von fünf Euro lohnt.

Gerichtet ist diese Warnung an alle, die höhere Hartz-IV-Sätze aus dem Urteil ableiten.



Seit Jahren protestieren Hartz-IV-Gegner auf Montags-Demos gegen die Armut per Gesetz. Foto: Martin

Man muss kein Anhänger der LINKEN, ja man muss nicht einmal finden, dass die Hartz-IV-Sätze zu niedrig sind, um Westerwelles warnende Worte als das zu sehen, was sie sind: Eine historisch unhaltbare, perfide, aus rein politischem Kalkül betriebene Beleidigung gegen die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. Der Hartz-IV-Empfänger verantwortlich für spätromische Dekadenz? Wenn etwas faul war im alten Rom und im heutigen Deutschland ist, dann doch eher die intellektuell korumpierte und luxussüchtige Elite. Also jenes eine Prozent der Bevölkerung, das alle Reichtümer unter sich

aufteilt(e) – aber ganz sicher nicht die verarmte Unterschicht. Statt sich um das Gemeinwohl zu sorgen, schaufelten sich die Machthaber mit Reichtum zu und garnierten diese Selbstversorgung auf Kosten der Allgemeinheit mit schönen Worten. Der Verfall des Staates ging einher mit einem Verfall der Sitten! Arbeit muss sich wieder lohnen, so Westerwelle. Wer arbeitet, muss mehr bekommen als ein Hartz-IV-Empfänger. Dies ist auf zwei Wegen möglich und ich habe nicht gehört, dass sich Herr Westerwelle für höhere Löhne eingesetzt hat.

Abschließen möchte ich mit zwei kurzen Anmerkungen zum-

Neue Denkprozesse im Bund – auch für Potsdam möglich?

In einer rot-rot-grünen „Denkfabrik“ auf Bundesebene wollen Politiker der SPD, der Linkspartei und der Grünen die Menschen für eine andere Politik begeistern.

Ich frage mich, sollten die von Katja Kipping formulierten Aussagen: „Wir arbeiten nicht an der Fusion von Parteien, sondern an gesellschaftlichen Veränderungen“ und „Unser Anspruch besteht darin, Konzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, parlamentarische Mehrheiten zu finden“ nicht auch in Bezug auf das Verhältnis der SPD und der LINKE in Potsdam gestellt, notwendiger Weise sogar beantwortet werden?

Ich denke ja, um gemeinsam kommunale Konzepte zu entwickeln, die bisher Erreichtes in Potsdam wahren und die Auswirkungen der schwarz-gelben Bundespolitik für die Menschen abfedern?

Es geht mir um das Aufbrechen alter Strukturen und alten Denkens. Wir sollten gemeinsam die Frage klären, wie unsere Politik und unser Denken stärker das Geschehen und die Gesellschaft Potsdams prägen und wie wir die abstrakten Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, ökologischer und sozialer Fortschritt, Demokratie, Internationalität und Frieden für uns und für die Menschen in Potsdam definieren.

Sascha Krämer
DIE LINKE.Potsdam

Sozialismus. Das Ziel des Sozialismus ist die Emanzipation des Menschen, die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit durch Selbstverwirklichung innerhalb des Prozesses eines produktiven Verhältnisses von Mensch und Natur. Es ging Marx und Engels – gegenüber einem rohen Kommunismus der Gleichmacherei – um eine neue Epoche, in der gelten solle: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ „Sozialist sein, heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen“, August Bebel. -sk

Erfolgreicher Streik der Potsdamer Tabakarbeiter

März 1890

Der 1. Mai 1890 stand vor der Tür, der Tag, an dem erstmals weltweit die Arbeiterschaft für ihre Rechte auf die Straße ging. Das machte Mut – auch den Potsdamer Tabakarbeitern, die höhere Löhne forderten. Um dem Nachdruck zu verleihen,

traten sie vom 12. März bis zum 20. April 1890 in den Streik. Gerade die Lebenslage dieser Potsdamer Arbeiter war katastrophal – das jedenfalls ist aus dem Bericht des Polizeikommissars Hübner vom 14. März 1890 zu entnehmen. Er schrieb: „Im all-

gemeinen ist die Lage der Tabakarbeiter keine günstige [...] Bei den vielen begewohnten Versammlungen habe ich bemerkt, dass diese Arbeiter nicht viel verzehren, auch nicht in sonderlicher Kleidung gehen.“

Alle Versuche, den Streik ab-

zuwürgen, scheiterten an der geschlossenen Haltung der Tabakarbeiter. Es wurde eine zehnpromzentige Lohnerhöhung erkämpft!

-rt

Erfolgreich wider Kapp und Lüttwitz

März 1920

Morgenluft hatte die während des Ersten Weltkriegs geschlagene deutsche Generalität schon länger gewittert und meinte, jetzt militärisch gegen die Weimarer Regierung vorgehen zu können. Es müsse doch zu machen sein, den durch den Versailler Friedensvertrag stark eingegengten Handlungsraum des deutschen Militärs deutlich auszuweiten.

Dafür mobilisierten der General Walther v. Lüttwitz und der Generallandschaftsdirektor in Königsberg, Wolfgang Kapp, am 13. März 1920 die Marine-Brigade Ehrhardt. Die Reichsregierung sollte gestürzt und an ihre Stelle das Militär gesetzt werden.

Die Rechnung schien aufzugehen, denn die Reichsregierung floh. Dass dieser Status quo erhalten bliebe, dafür setzte sich am 15. März 1920 der Potsdamer Garnisonskommandant Gene-

ralmajor von der Hardt energisch ein und befahl: „Ich habe die vollziehende Gewalt im Stadtkreis Potsdam übernommen. Demzufolge sind Truppen der Garnison Potsdam, Sicherheitspolizei, Einwohnerwehr und Technische Nothilfe Potsdam sowie Reichswasserschutz (Mark West) meinem Befehl unterstellt [...] Der Streik wird mit allen Mitteln unterdrückt werden [...] Im besonderen sind alle Kundgebungen in Wort und Schrift, die sich gegen die neue Regierung richten und zum Streik auffordern, zu unterbinden, betreffende Personen in Schutzhaft nehmen...“

Doch ließ sich die Potsdamer Arbeiterschaft nicht einschüchtern. Sie folgte dem Aufruf der SPD, der KPD sowie der Gewerkschaften, sich aktiv gegen die Putschisten zu wenden. Am 15. März gründete sich der Aktions-



ausschuss gegen den Kapp-Putsch in Potsdam und Nowawes mit dem Ziel, dem Spuk ein rasches Ende zu bereiten und damit die bürgerlichen Freiheiten zu sichern.

Hermann Elflein (Foto) war einer derjenigen, die sich an die Spitze stellten. Am 16. März sprach er auf dem Luisenplatz vor 1.000 Potsdamer Bürgern

und forderte dazu auf, gemeinsam gegen die Putschisten vorzugehen. Nach der Kundgebung bewegten sich die Teilnehmer zum Alten Rathaus. Auf dem Alten Markt kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und der Schlosswache. Vier Personen wurden getötet, 11 weitere verletzt.

Die Anti-Kapp-Front aber stand. Auch die aufrüttelnden Worte Hermann Elfleins hatten bewirkt, dass vom 15. – 23. März 1920 in Potsdam 2.686 in 109 Betrieben und in Nowawes 4.383 in 26 Betrieben streikten.

Nach fünf Tagen brach der Putsch kläglich zusammen. Durch das einheitliche Vorgehen der Gegenkräfte war die Weimarer Republik gerettet worden – und auch die Potsdamer hatten ihren Anteil geleistet.

-rt

Mit 16 in den Krieg

März 1945

Die Alliierten standen im Land, das Ende des Krieges war nah. Jede Anstrengung, den Krieg zu verlängern, konnte nur zum Schaden der Menschen, zum Nachteil für die Zukunft Deutsch-

lands sein. Und doch teilte der Potsdamer Polizeipräsident Heinrich v. Dolega-Kozierowski am 02. März 1945 amtlich mit, dass der Jahrgang 1929 zur Erfassung für den Militärdienst aufgerufen

ist. Diese Aufforderung – gleichsam ein Befehl – wurde mit konsequenter Härte durchgesetzt. Wie viele junge Potsdamer dadurch sinnlos ums Leben kamen, ist nicht bekannt. Heinrich v. Do-

lega-Kozierowski jedenfalls überlebte den Krieg und verstarb im Alter von 77 Jahren am 15. April 1967 in Hamburg.

Frauentag und Wettbewerbe

März 1950

Auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen hatte Clara Zetkin vorgeschlagen, einen internationalen Kampftag für die Rechte der Frauen einzuführen. Das war selbstverständlicher Anlass, 1950 den 40. Jahrestag des Internationalen Frauentages zu begehen. Auch in Potsdam. Natürlich wurde auch dieses Jubiläum dazu genutzt, Verpflichtungen einzugehen, Wettbewerbe zu or-

ganisieren. So traten am 01. März 1950 die Frauen der mechanischen Werkstatt des VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg in einen Wettbewerb, um bis zum Frauentag die Produktion und die Qualität zu steigern.

Natürlich fand auch eine Festveranstaltung in Potsdam statt. Das Referat hielt Margot Feist, Sekretär des Zentralrats der FDJ und Vorsitzende der Pionierorganisation (später Margot Honecker). Auch der in Potsdam

lebende Schriftsteller Hans Marchwitza trat auf. Beide aber erwähnten den Babelsberger Wettbewerb in ihren Ansprachen nicht. Dabei hatte der doch bis zum 08. März deutliche Erfolge gebracht. Die Schleiferin Anders erreichte eine Normübererfüllung von 18%, die Bohrerin Schünnemann eine von 19% und die Revolverdreherin Fechtner gar eine von 33%.

-rt



Ein neues Bad für Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 27. Januar eine wichtige Entscheidung getroffen: Potsdam bekommt endlich ein neues, attraktives Bad.

Ob es eine richtige Entscheidung war, wird sich erst noch herausstellen, denn die Diskussion um den Badneubau hat eine lange Vorgeschichte. Dazu gehört die etwa zehn Jahre währende Auseinandersetzung um ein Spaßbad auf der Brache in Drewitz, die Oberbürgermeister Jakobs im Sommer 2004 mit einer einsamen Entscheidung beendete.

Unrühmlich sind auch die vom Oberbürgermeister forcierten hochfliegenden Pläne für ein Niemeyerbad am Brauhausberg, die über die Köpfe der Potsdamer hinweg betrieben wurden. Die von uns allen zu tragende Pleite in Millionenhöhe wäre bei einem von der LINKEN immer wieder geforderten realistischen Herangehen vermeidbar gewesen.

Aus diesen Fehlern zu lernen heißt, endlich die Chance für eine dauerhafte Lösung zu nutzen, die den Möglichkeiten der Stadt entspricht.

Leider hat die jetzt von der Rathauskooperation durchgedrückte Entscheidung mehrere „Schönheitsfehler“.

Es ist völlig unangemessen, dass eine solche Entscheidung im Hauruckverfahren ohne Beratung in den Ausschüssen getroffen worden ist. Schließlich geht es um eine Investitionssumme von 18 Millionen Euro, die sozusagen als Blankoscheck von SPD, CDU, Grünen und FDP zur Verfügung gestellt wurde. Und es geht um eine Verlagerung des Standorts der Schwimmhalle vom Brauhausberg in das Bornstedter Feld. DIE LINKE hatte im Vorfeld darum gekämpft, die Potsdamer in einer Bürgerbefragung an der Entscheidung zum Badneubau zu beteiligen. Aber wie beim Niemeyerbad hat der Oberbürgermeister erneut unter Beweis gestellt, dass er eine solche Bürgerbeteiligung nicht will. Deshalb und weil nicht einmal eine gründliche Beratung in den Ausschüssen möglich war, hat DIE LINKE die Vorlage des Oberbürgermeisters abgelehnt. Wir werden das Vorhaben kritisch begleiten und unsererseits alles versuchen, dass sich die Niemeyerpleite nicht wiederholt.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender*

Kein Rotstift bei den Kultureinrichtungen

Zu den Vorschlägen aus den PWC-Gutachten

Es ist schon verwunderlich, wenn man Kultureinrichtungen, die ohnehin schon auf Verschleiß fahren und um jeden Euro kämpfen müssen, noch für gutes Geld der Stadt ein Unternehmen (PWC) aufdrückt, das Sparmaßnahmen bei ihnen suchen soll. Heraus kommen verwunderliche Dinge. Gerade setzte sich eine Volksinitiative mit Tausenden Unterschriften für die Brandenburger Musikschulen ein, da werden schon wieder Sparvorschläge beim Personal gemacht,

völlig kontraproduktiv! Wer soll denn die Auftritte betreuen, zu den Musikwettbewerben mit Kindern und Jugendlichen in der Freizeit fahren, wer soll in Sommerlagern und bei vielen anderen Aktivitäten wie beim Neujahrsempfang des OB zur Verfügung stehen? Eine 20-Stunden-Honorarkraft kann das sicher nicht. Auch in deren Interesse wollen wir doch, dass Qualität auch mit minimaler Absicherung wie Urlaub einhergeht. Diese Einsparvorschläge finden sich im Haushaltskonsolidierungskonzept der Landeshauptstadt wieder. Sie sind als Prüfvorschläge mit 240.000 Euro beziffert. In den Erläuterungen dazu findet man, dass dies alles mit den Beteiligten besprochen werden soll. Das ist zwar richtig, die Reihenfolge muss jedoch lauten, wie kann Qualitätsverbesserung mit sozialen Standards verknüpft werden? Aber nicht: Was ist zu tun um 240.000 Euro zu streichen?

Witzig ist auch die gemeinsame Personalrechnung von Theater und Nikolausaal. Beide Einrichtungen haben bereits effektivste und kostengünstige Varianten eingeschlagen, was im Übrigen vorhergehende Gutachten schon herausstellten. Eine geäußerte Idee zur Bildung einer „Kultur-Holding“ wird wohl nicht ernsthaft verfolgt.

Die Kultur und ihre Einrichtungen sind nicht für die Finanzkrise verantwortlich, daher sind sie nicht diejenigen, die sie ausbaden sollten.

*Dr. Karin Schröter
Stellv. Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE der SVV*

Wohnungslosigkeit in Potsdam – Das kann doch nicht wahr sein!

Wie bitte, Wohnungslosigkeit in der Stadt der Reichen und Schönen?! Da kann doch was im Sozialgefüge nicht ganz stimmen! Allein 247 Jugendliche im Alter von 18 – 27 Jahren waren im vergangenen Jahr von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht. Bei 23 wurde sogar eine Zwangsräumung erforderlich. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Die Auswirkungen auf das noch junge Leben gravierend. Fast jeder schaut perspektivlos in seine Zukunft. Wären da nicht die erfolgreich arbeitenden Träger, die dem jungen Menschen in seiner Sorge mit aktiver Unterstützung zur Seite stehen. Es ist nicht hoch genug anzurechnen, wie sich die Berater und Sozialpädagogen individuell um jeden einzelnen Menschen kümmern. Vertrauensvoll wird miteinander gearbeitet.

Problematisch für Potsdam ist der angespannte Wohnungsmarkt. Mit nur einem Prozent Leerstand und den tendenziell weiter ansteigenden Mieten besteht für die Politik dringender Handlungsbedarf. Es reicht nicht aus, wenn festgestellt wird, dass bis 2020 jährlich mindestens 1.000 neue Wohnungen gebaut werden müssen. Sie müssen auch bezahlbar sein.

Als kompliziert bei der Wohnungssuche für die Betroffenen gestalten sich in Potsdam die Rahmenbedingungen bei größeren Vermietern. So muss das Dreifache der Miete als Nettoeinkommen vorhanden sein, es dürfen keine Mietschulden bestehen (Vor-

lage einer schriftlichen Bestätigung des vorherigen Mieters), die Schufaeinträge werden geprüft und bei Vorliegen einer privaten Verbraucherinsolvenz ist in der Regel eine Anmietung unmöglich. Ein Teufelskreis, den es gilt zu durchbrechen. Prävention ist auch hier das Zauberwort. Jungen Menschen muss frühzeitig bewusst sein, welche Verantwortung sie für sich selbst, Freunde und Eltern mit dem Einzug in die eigenen vier Wände übernehmen. Welche Konsequenzen der Verlust von Wohnraum verursachen kann. An jedem von uns liegt es, sie darauf vorbereiten. An Politik liegt es, die Bedingungen dafür zu schaffen. Eine Aufgabe, der wir uns in Potsdam seit Jahren gestellt haben und dies weiterhin tun werden. Für ein „Potsdam – für alle“

*Jana Schulze
sozialpolitische Sprecherin*

Oberbürgermeister informierte Stadtverordnete offensichtlich falsch zum Bahnhof Pirschheide

Zu der immer noch unterschiedlichen Auffassung zur Zukunft des Bahnhofs Pirschheide zwischen Stadt und Land erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Anita Tack (DIE LINKE):

Am 1.4.2009 beauftragte die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der LINKEN den Oberbürgermeister, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, der DB AG, dem VBB, der ViP und den Anliegern (Hotels, LBS, Campingplatz, Luftschiffhafen und Nutzern des Bahnhofgebäudes u. a.), eine zukunftsfähige Lösung für die Entwicklung des Bahnhofs Pirschheide zum westlichen Nahverkehrsknotenpunkt der Landeshauptstadt zu erarbeiten.

Am 2.12.2009 verwies Oberbürgermeister Jakobs in einer Mitteilungsvorlage auf eine „abschließende gemeinsame Beratung mit allen Beteiligten“ Anfang Januar 2010. Konträr dazu antwortete Staatssekretär Vogelsänger vom zuständigen Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Ende Januar auf ein Schreiben von mir u.a.: „Eine Beratung mit allen Beteiligten Anfang Januar ist hier nicht bekannt.“

Das ist sehr schade, nicht nur, weil die Stadtverordneten vom Oberbürgermeister nicht sachgerecht informiert wurden, sondern, dass das MIL offensichtlich noch nicht bereit ist, an der nötigen Lösung zu arbeiten.

In der Landeshauptstadt scheint sich nun endlich doch die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass eine Wiederinbetriebnahme im Zusammenhang mit der neuen BBI-Anbindung und dem Ausbau des Areals Luftschiffhafen anzustreben ist, so im Schreiben von Herrn Jakobs vom 25.1.2010 an mich.

Er verweist wieder auf intensive Gespräche auf Arbeitsebene. Ich hoffe, dass diese nun endlich stattfinden und zu einem Ergebnis im Sinne der Potsdamerinnen und Potsdamer und ihrer Gäste führen, in die dann auch Staatssekretär Vogelsänger einbezogen wird.

WEITERE INFORMATIONEN:

Potsdamer Mietspiegel 2008 unter:
<http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10000666/27198/>

Wohnungsmarktbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam unter:
<http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10055455/27198/>

Stadtentwicklungskonzept Wohnen der Landeshauptstadt Potsdam unter:
<http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10050104/27198/>

„Momper-Bau“ startet im Juni 2010

Ralf Jäkel: Baubeginn beim Vorhaben Zeppelinstraße/Kastanienallee

Nach sehr vielen Jahren der Vorbereitung ist es jetzt soweit. Die Baugenehmigung für das Kaufland an der Zeppelinstraße liegt dem Vorhabenträger in der gewünschten aktualisierten Fassung seit Januar diesen Jahres vor. Das obere Parkdeck ist mit einer Pergola-Abdeckung ergänzt worden. Die Anlieferzone an der Ostseite wird vollkommen eingehaust. Die Anlieferung der Konzeptionäre wurde geklärt.

Die Kaufland-Einfahrt für die Kunden wird eine extra Ampel auf der Zeppelinstraße erhalten, die signaltechnisch mit dem benachbarten Knoten Kastanienallee verknüpft wird, um Staus zu vermeiden. Im Juni 2010 erfolgt der Baubeginn des Kauflandes. Es wird von der Fertigstellung und Inbetriebnahme im November 2011 ausgegangen.

Etwa zur gleichen Zeit erfolgt der Bau der Seniorenwohnan-

lage durch die Johanniter. Dieser Baukörper entsteht an der verlängerten Kastanienallee zwischen Zeppelinstraße und Havelufer. Der betreffende Grundstücksteil ist bereits letzten Herbst beräumt worden. Der Fußgängern und Radfahrern gewidmete Uferweg wird weiterhin erhalten. Die Strandbar kann noch bis Juni 2010 verbleiben. Später wird der wasserseitige Teil des Grundstückes mit

Wohnhäusern bebaut. Der Uferweg bleibt dauerhaft erhalten für ein öffentliches Ufererlebnis von der Neustädter Havelbucht bis zum Luftschiffhafen.

Ich denke, dass die interessierten Anwohner ab Juni die endgültige Entwicklung dieses lange geplanten Bereiches in Potsdam-West erleben werden.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel



Gemeinsam geht's besser

Auf dem Weg zu einem Ortsverband der LINKEN für Potsdam-West

Der Kreisparteitag DIE LINKE. Potsdam hat am 28. November 2009 beschlossen, entsprechend der Bundessatzung innerhalb des Kreisverbandes Ortsverbände zu schaffen. Sie sollen als Ebene zwischen den traditionellen Basisorganisationen und dem Kreisvorstand stärker als bisher „mit bürgernahen Politikangeboten vor Ort Interesse wecken und flächendeckend ansprechbar sein“.

Im Jahr 2005 ist bereits eine Ortsorganisation Potsdam-West/Brandenburger Vorstadt gegründet worden. In diesem Rahmen fanden in den vergangenen Jahren gemeinsame Mitgliederversammlungen und öffentliche Bürgerforen zu Wahlen statt. Auch konnte die Arbeit der Basisorganisationen besser koordiniert werden. Für vorgesehene weitergehende Aktivitäten fehlte

bisher vor allem eine arbeitsfähige Leitung. Das soll sich ändern. Die ersten Kontakte mit möglichen Kandidaten sind schon geknüpft worden.

Um über die Aufgaben des Ortsverbandes zu beraten und einen Vorstand zu wählen, wird in diesem Jahr eine Gesamtmitgliederversammlung einberufen.

Der Ortsverband soll die Bemühungen fortsetzen und verstärken, die zur Kommunalwahl 2008 im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erhobenen Forderungen zu verwirklichen. Durch gemeinsame Anstrengungen mit unseren Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung wollen wir auf die Verantwortlichen in der Stadt und im Land Einfluss nehmen, um hauptsächlich Folgendes zu erzielen:

■ Der von vielen Fahrgästen genutzte Bahnhof Charlottenhof

ist in einen ordentlichen Zustand zu versetzen und für Behinderte sowie Menschen mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck zugänglich zu machen.

■ Für die Bewohner Auf dem Kiewitt und am Schillerplatz sind seit langem fehlende, besser erreichbare Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

■ Die Brache am ehemaligen Kino „Charlott“ sollte beseitigt und der Weg zur „Gesundheitsgasse“ wieder begehbar gemacht werden.

■ Eigentümer sind zu veranlassen, die noch unsanierten und zum Teil unbewohnten Häuser im Stadtteil instand zu setzen.

■ Entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist ein Bürgertreff zu schaffen, der Gelegenheiten für Zusammenkünfte und Freizeitgestaltung bietet.

■ Die Interessen der Wissenschaftler, Studierenden und Mitarbeiter der Universität/Standort Neues Palais sind stärker zu berücksichtigen; vor allem geht es um bezahlbare Wohnungen und günstige Verkehrslösungen.

Um diese und andere Probleme, die den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen, zu lösen, wird der Ortsverband den Kontakt mit dem Kreisvorstand, mit den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung und des Landtages sowie mit den örtlichen Organisationen und Vereinen halten und erweitern.

Weitere Vorschläge zum Ortsverband können an den dafür Verantwortlichen des Kreisvorstandes Ronny Besancon herangetragen werden.

Bernhard Heimann

Die Sache mit den „politischen Ahnen“

Kino „Charlott“ modert vor sich hin/Gedenktafel für Arbeiterführer verschwunden

Am 17. August 1991 hatten die Hohenzollern in Potsdam wieder einmal einen großen Tag. Die sterblichen Überreste Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. kamen am Bahnhof Potsdam-Wildpark an. Während der Sarg des Vaters seinen Platz im Mausoleum Friedrichs III. an der Friedenskirche fand, wurde der des Sohnes in die lange vor dem Tod Friedrichs II. bereitete Gruft auf den Sanssouci-Terrassen im Beisein illustrierter Gäste gesenkt. Und der Brandenburger Landesvater Dr. Manfred Stolpe sicherte den Hohenzollern, namentlich Prinz Dr. Louis Ferdinand, in einer Urkunde zu, dass „...die Ruhestätten der beiden preußischen Könige als Stätten der Wahrung ihres Andenkens und des Respekts vor ihren historischen Leistungen bewahrt und gepflegt werden“. Das sicherte ein Sozialdemokrat zu. Wer die Geschichte kennt, weiß, dass die so von ihm Gehörten nicht zu seinen politischen Ahnen zählen.

Nun geht es aber in unserer, von ebenfalls einem Sozialdemokraten regierten Stadt, nicht um das Andenken an die Hohenzollernkönige, sondern um die politischen Ahnen des Ober-



bürgermeisters Jann Jakobs, um die führenden Sozialdemokraten Karl Liebknecht, August Bebel und Paul Singer.

Am 22. Februar 1965 – anlässlich des 125. Geburtstages von August Bebel (12. Februar 1840) – wurde am damaligen Kino „Charlott“ eine Gedenktafel feierlich enthüllt, die darauf hinwies, dass in diesem Gebäude Karl Liebknecht, August Bebel und Paul Singer zu den Arbeitern

Potsdams sprachen und sie zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg aufriefen. Der Victoriagarten – so der Name des Lokals, das spätestens seit dem Fall des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz) im Jahre 1890 oftmals Treff- und Versammlungspunkt der Potsdamer Sozialdemokratie war – wurde auch Podium für die Auftritte führender Sozialdemokraten, will sagen politischer Ahnen des heutigen Oberbürgermeisters. Eher das Gegenteil ließe sich aber vermuten, beobachtet man die lässige Suche nach der verschwundenen Tafel an dem nunmehr abgerissenen Kino „Charlott“.

Was aber geschähe, wenn die das Grab Friedrichs II. deckende Platte auf der Terrasse von Sanssouci verschwunden oder nur beschmutzt wäre?

Sie fände sich – im Hinblick auf das einstige Versprechen des sozialdemokratischen Landesvaters – schnellstens und sauber wieder an! Mit Sicherheit. -rt



Der Bildungstreik geht weiter!

Studierende hielten insgesamt drei Monate lang (November 2009 bis Januar 2010) das Auditorium maximum der Universität Potsdam besetzt. Im Fokus des Protestes standen u.a. Forderungen, die bereits im Sommer 2009 formuliert worden waren.

Die unkooperative Haltung der Universitätsleitung ließ leider bereits schnell befürchten, dass sich auf universitärer Ebene wenig bewegen würde. Umso mehr gab ein gemeinsamer Antrag der LINKEN und der SPD im Brandenburger Landtag Grund zur Hoffnung. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses an den Brandenburger Hochschulen sollte unter Mitwirkung der Studierenden überprüft werden. Bisher gab es

allerdings nur ein Treffen der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Martina Münch, mit der Brandenburgischen Studierendenvertretung. In der Kürze der Zeit konnten aber nur wenige Punkte angesprochen und noch weniger Ergebnisse gesichert werden.

Nun existiert eine „gemeinsame Erklärung des Wissenschaftsministeriums und der Hochschulen zum Bologna-Prozess“, welche nach einem Treffen der Ministerin Münch mit den brandenburgischen HochschulrektorInnen entstand. Studierende waren nicht eingeladen.

Die Inhalte dieser Erklärung präsentieren sich ebenso unkonkret und unzufriedenstellend wie

die des Koalitionsvertrages. Statt allen Bachelor-AbsolventInnen einen Masterplatz zu garantieren, wird hier von „Chancengerechtigkeit“ gesprochen. Soziale Ungleichheiten, die einen Zugang zum Master vielen Studierenden verwehren, werden dadurch nicht beseitigt.

Ebenso lässt sich eine versprochene verbesserte Betreuungsrelation nicht mit Mitteln des Hochschulpaktes 2020 umsetzen. Diese Mittel sind zweckgebunden und ermöglichen ausschließlich eine Aufrechterhaltung der Studierendenzahlen des Jahres 2005.

Eine Erhöhung der studentischen Mitbestimmung in den Gremien der Hochschulen findet mit keinem Wort Erwähnung.

Die Studierenden fordern JETZT Mitsprache bei der Überarbeitung des Bologna-Prozesses und eine erneute Diskussion um das Brandenburgische Hochschulgesetz, das 2008 von der CDU-Ministerin Johanna Wanka verabschiedet wurde und die Hochschulen auffordert, Studierende nach der Überschreitung einer selbst zu bestimmenden Semesterzahl zwangsweise zu exmatrikulieren. Der Sommer 2010 wird wieder im Zeichen des Bildungstreiks stehen.

Susanne Eckler,
Referentin für Bildungspolitik im Allgemeinen Studierendenausschuss (ASTA) der Universität Potsdam

„Eigentum verpflichtet“ – oder was?!

„In diesem Gebäude sprachen Karl Liebknecht, August Bebel und Paul Singer zu den Werktätigen Potsdams und riefen zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg auf. Unter dem Namen Victoriagarten war hier die größte Versammlungsstätte der Potsdamer Arbeiterbewegung.“ So stand es auf der Gedenktafel an der Außenwand des Kinos „Charlott“ zur Gesundheitsgasse. Die Gaststätte entstand im Jahr 1870 in der damaligen Alten Louisenstraße. Hier hatte auch Karl Liebknecht am 15. Januar 1901 seinen ersten Auftritt in Potsdam. Er sprach vor 400 Bürgern zu dem Thema „Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien“.

Die drei berühmten Arbeiterführer Liebknecht, Bebel und Singer sprachen natürlich nicht im Kino selbst. Denn das wurde ja erst im Jahr 1934 auf dem Gelände des ehemaligen Victoriagarten-Restaurants gebaut. Das Kino bot Platz für 300 Besucher. Nach 1996 wurde es nicht mehr betrieben und dem Verfall preisgegeben. 2004 konnte schließlich das Kino plus einer alten Villa für immerhin 126.000 EURO versteigert werden.

Recht interessante Varianten der späteren Nutzung konnte man damals in der Presse lesen. Das ging von einem Premierenkino und Büros für Film-Produktionsfirmen bis hin zu einem Kultur- und Stadtteilzentrum.

Doch es kam anders. Irgendwann wurde ein Zaun aufgestellt und der Komplex moderte weiter vor sich hin. Und schließlich verschwand auch die Gedenktafel. Und nichts passiert. Da sage noch jemand „Eigentum verpflichtet“... -bm

Die Baumaßnahmen auf dem Gelände des Luftschiffhafens in der Übersicht

Mensa

Baubeginn: März 2010
Fertigstellung: Sept. 2010

Mehrzwecksporthalle

Baubeginn: Juni 2010
Fertigstellung: Oktober 2011

Haus der Vereine

Baubeginn: 2010
Fertigstellung: 2011

Olympiastützpunkt

Baubeginn: 2010
Fertigstellung: 2011

Straßen, Wege, Plätze

Baubeginn: 2010
Fertigstellung: 2012

Wohnheim

Baubeginn: 2010/2011
Fertigstellung: 2011/2012

Eingangstor

Baubeginn: März 2011
Fertigstellung: Sept. 2011



Im Luftschiffhafen geht es endlich voran

Viele Überlegungen und Pläne hat es für den Luftschiffhafen schon gegeben. Kaum einer erinnert sich vielleicht daran, dass nach der Wende das ganze Gelände plötzlich vakant wurde. Im Rahmen der allgemeinen Ablehnung all dessen, was von der DDR übrig, war sollte auch das Leistungssportzentrum „geschleift“ werden.

Heute ist das anders. Längst hat man bis weit in die Tiefen der alten Bundesländer erkannt, wie sinnvoll und erfolgreich eine Sportförderung sein kann, die eine gute schulische Ausbildung und leistungssportliches Training miteinander verbindet.

Längst kommen die Schülerinnen und Schüler der Sportschule auch aus anderen Bundesländern nach Potsdam.

Und nun ist es soweit, dass auch bauliche Veränderungen beginnen.

Das traditionelle Sportareal Luftschiffhafen ist ein ungeschliffener Diamant, der jetzt endlich veredelt werden soll.

Bis Ende 2011 werden auf dem Gelände des Sportparks Luftschiffhafen fast 33 Millionen Euro eingesetzt, um zu sanieren, abzureißen und neu zu bauen. Im März wird mit der Mensa begonnen und der Ergänzungsbau

für das Wohnheim wird den Abschluss bilden. (siehe links)

Ein wichtiger Schwerpunkt der von Pro Potsdam betriebenen Entwicklung des Standortes ist, neben Sportschule und Internat, der Sanierung der Turnhalle und dem Bau des Hauses der Vereine, der langersehnte Neubau einer Sporthalle.

Diese Halle wird nicht nur gebraucht, um dem Bedarf des Schul- und Leistungssports an der Eliteschule des Sports erfüllen zu können. Potsdam hat neben dem 1. FFC Turbine im Frauenfußball mittlerweile auch im Volleyball eine Frauenmannschaft des SC Potsdam in der 1. Bundesliga sowie den Männerhandball in der 2. Bundesliga. Diese Ballsportarten brauchen für Training und Wettkämpfe eine international taugliche Halle, die in Potsdam bisher fehlt. Das gilt in ähnlicher Weise für Judo, Fechten und Turnen, die in temporärer Weise Sportwettkämpfe durchführen.

Der Bau der Sporthalle wird mit über 15 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II finanziert. Daraus ergibt sich ein strenger Zeitplan für die Realisierung. Sie muss bis Ende 2011 fertiggestellt sein, um sie auch förderlich abrechnen zu können.

Die Sporthalle wird 2000 Zuschauern Platz bieten und schon allein dadurch die bestehenden Defizite der Halle in der Heinrich-Mann-Allee deutlich ausgleichen. Sie soll eine Nettogeschossfläche von 8.600 Quadratmetern haben und 12,5 m hoch sein, was insbesondere für den Volleyball wichtig ist.

Am Ende der Maßnahmen werden nicht nur beste Trainings- und Wettkampfbedingungen für die Sportschule und den Olympiastützpunkt und die Sportlerinnen und Sportler vorhanden sein, sondern auch ein Gelände mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Qualitäten.

Mancher Potsdamer, der den Weg in den letzten Jahren wegen fehlender attraktiver Sportveranstaltungen nicht mehr gefunden hat, wird vielleicht künftig auf Schusters Rappen oder mit dem Fahrrad den Zugang zum Havelufer nutzen.

Es könnten dabei Erinnerungen an „Nach- oder Vor-Olympische Tage“ wach werden. Bei diesen Leichtathletikveranstaltungen waren Spitzensportler aus aller Welt im Potsdamer Luftschiffhafen am Start. Und mancher Rekord ist dabei aufgestellt worden.

Und vielleicht, ja, vielleicht erinnern sich auch heute Verantwortliche daran, welche Tradition diese Sportanlage hat. Da meinen wir nicht die gelandeten Luftschiffe, sondern den Sport. Im ehrwürdigen Olympia-Stadion von Stockholm zum Beispiel kann man noch heute auf einer Tafel lesen, dass der Potsdamer Kugelstoßer Udo Beyer den Stadionrekord hält. Bedeutende Rekorde wurden auch in Potsdam aufgestellt, wenn man an Ruth Fuchs, die Speerwerferin aus Jena, denkt.

Zum Neuen sollte immer auch die Tradition gehören.

Das könnte ja auch eine Aufgabe für junge Athleten sein, die ihren Unterricht in der Sportschule erhalten.

Oder auch für die Sportvereine, die aktiv auf die Gestaltung der Anlagen Einfluss nehmen können.

Im gebildeten Beirat Luftschiffhafen sind sie an den Vorbereitungen und der Realisierung des Baugeschehens beteiligt. Schließlich soll Ende 2011 das Fazit sein: das Geschaffene bietet optimale Nutzungsmöglichkeiten für den Potsdamer Sport.

Hans-Jürgen Scharfenberg
Rolf Kutzmutz

Hoffnung für den Bahnhof Pirschheide?

Die LINKE fordert seit langem, dass der Bahnhof Pirschheide aus seinem Dornröschenschlaf erweckt und zu einem attraktiven Nahverkehrsknotenpunkt entwickelt wird (siehe auch PAS 10/2009). Zu den bisher vorhandenen Hotels, dem Campingplatz und den anderen Einrichtungen kommt nun als Argument für eine verbesserte Nahverkehrsanbindung auch der Ausbau des Areals Luftschiffhafen mit einer größeren Halle hinzu. Inzwischen scheint sich auch in der Potsdamer Stadtverwaltung ein Umdenken abzuzeichnen. Bisher folgte man der Argumentation der Landesregierung, dass ein Halt des zukünftigen Flughafenexpress von Griebnitzsee über Potsdam Hbf. und Golm zum BBI durch einen Halt im Bahnhof Pirschheide weniger attraktiv sei, weil das die Fahrzeit um 5 Minuten verlängert. Nunmehr fordert auch die Stadt Potsdam, dass der Bahnhof Pirschheide, d.h. dessen oberer Bahnsteig, wieder in Betrieb genommen wird. Technisch sei dies möglich. Es ist, wie so oft, eine Frage der Finanzen. Das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat wenigstens die Vergabe einer verkehrlichen und volkswirtschaftlichen Untersuchung zugesagt. Im Ergebnis soll dann entschieden werden, ob und wenn ja mit welchem Geld der

Bahnhof reaktiviert werden soll. Auch wenn es hier einen Erfolg geben sollte, bleibt die Zukunft der Bahnhofsgebäude offen. Hier ist leider noch keine Lösung in Sicht. Die DB AG will verkaufen. Die Stadt will bisher nicht kaufen. Von anderen Interessenten

ist nichts bekannt. Der Verfall schreitet voran, wenn sich nicht bald etwas tut. Hier sind sowohl die DB AG als auch die Landeshauptstadt gefordert, eine Lösung zu suchen und endlich auch zu finden.

-kug



Wie verhindert man eine Busspur?

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 2.12.2009:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür zu sorgen, dass die gegenwärtig in der Zeppelinstraße eingerichtete Busspur auch nach Beendigung der Bauarbeiten an der Langen Brücke weitgehend erhalten bleibt bzw. wieder eingerichtet wird. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2010 über die Umsetzung des Vorhabens zu unterrichten.“

Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.1.2010 gab es dann auch eine Mitteilungsvorlage der Stadtverwaltung. Wenn es die Busspur im Sommer und Herbst nicht schon gegeben hätte und wenn man die positiven Auswirkungen auf Pünktlichkeit und damit Attraktivität von Bussen und Straßenbahnen nicht selbst erlebt hätte, könnte man vielleicht sogar glau-

ben, was da z.B. zu lesen war: „Bedingt durch die beschriebenen verkehrlichen Auswirkungen der Busspur auf das übrige Verkehrsnetz, ist eine weiträumige verkehrstechnische Untersuchung notwendig, um im Kontext der Einrichtung der Busspur eine optimale Gesamtverkehrslösung unter Berücksichtigung der Vermeidung von Verkehrsverlagerungen in das Nebennetz zu erarbeiten.“

Und nicht genug damit. „Ferner sollen im Rahmen der geplanten verkehrstechnischen Untersuchung der Zeppelinstraße die im Radverkehrskonzept (RVK) festgestellten Defizite in der stadtauswärtigen Radverkehrsanlage (geringe Breite) ergänzend mit einbezogen werden und die Maßnahme Nr. 26 des RVK (Einrichtung eines stadtauswärtigen Radfahrstreifens auf der Fahrbahn zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Kastanienallee) untersucht werden.“

Das mögen ja alles sehr gute und auch erstrebenswerte Ziele sein, aber wenn es eines Beispiels bedarf, wie man eine gute Idee so lange verzögert, bis man sie verhindert hat, so steht es in dieser Mitteilungsvorlage. Wie wäre es, lieber Herr Oberbürgermeister und liebe Stadtverwaltung, wenn Sie den Beschluss (siehe oben) einfach erfüllen und danach die anderen guten Ideen umsetzen.

Klaus-Uwe Gunold

„Der wollte mich überfahren!“

Bürgerinitiative „Auf dem Kiewitt 10 – 13“ erneuert Forderungen zur Sicherheit der Bewohner

Nun sind es schon mehr als drei Jahre her, dass die Mieter der Wohnhäuser Auf dem Kiewitt 10–13 infolge der willkürlichen Umwandlung unseres Wohnweges zur öffentlichen Straße und infolge zunehmenden Kraftfahrzeugverkehrs erhöhten Gefahren ausgesetzt sind. Ein Vorkommnis am 30.10.09, gegen 18.00 Uhr, veranlasst mich im Auftrage unserer Bürgerinitiative, die Frage der Verkehrssicherheit auf unserem Wohnweg erneut aufzuwerfen. Was geschah an diesem Tag?

Ich war beim Verlassen unseres Wohnhauses, da sah ich, wie sich eine Frau in die an den Wohnweg grenzende Grünanlage warf, während ein PKW mit hohem Tempo vorbeifuhr. Was ist passiert, fragte ich die Frau? „Der wollte mich überfahren!“, entgegnete sie. So weit ist es nun schon gekommen, seitdem sämtliche Verkehrszeichen auf

unserem Wohnweg durch die Stadtverwaltung im Interesse ihrer Verminderung entfernt wurden. Zahlreiche Initiativen der Einwohner blieben bisher erfolglos. In der elfseitigen Ablehnung unseres Ersuchens durch die Stadtverwaltung heißt es: „An der rechtlichen Situation ändert sich auch nichts, wenn – wo es nicht selten der Fall ist – z.B. einzelne Bürger auch Bürgerinitiativen, oft mit Nachdruck der öffentlichen Medien, solche Anforderungen fordern.“

Nach der StVO setzt die Anordnung von Verkehrszeichen voraus. Diese besteht seit über 3 Jahren für unsere Mieter auf ihrem Wohnweg. Sie wird noch erhöht durch die Zunahme des Kfz.-Verkehrs infolge Zuzugs zahlreicher junger Mieter mit Kfz. Und verstärkten Durchgangsverkehrs, selbst mit LKW. Warum wird von der Stadt-

verwaltung ignoriert, dass sich am Wohnweg ein Kinderspielfeld und zwei Wäschetrocknerplätze befinden, dass die Mehrheit der ca. 500 Mieter mit ihrer Unterschrift gegen die neue Verkehrsregelung protestierte, weil es keinen Bürgersteig gibt.

100 m entfernt von unserem Wohnweg verläuft parallel eine öffentliche Straße mit zwei Bürgersteigen. Doch die Mieter unserer Wohnhäuser sind mit der Zunahme des Kfz.-Verkehrs höheren Gefahren ausgesetzt.

Deshalb erneut unsere Forderungen im Interesse der Sicherheit unserer Mieter:

- Aufstellung des Verkehrszeichens 260 StVO am Eingang Schillerplatz zu unserer Wohnstraße mit dem Zusatz „Frei für Anwohner und Lieferfahrzeuge“ sowie eine den Sicherheitsbedürfnissen der Anwohner entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzung, z.B. 10 km/h

- Am Eingang von der Wiedlandstraße Aufstellung des Verkehrszeichens 267 StVO, um Gegenverkehr auf dem Wohnweg auszuschließen

- An der Ausbuchtung des Wohnweges Entfernung der Verkehrszeichen 286 StVO und Aufstellung eines Verkehrsschildes gemäß 314 StVO, beschränkt auf 2 Stunden, um Anwohnern, Ärzten, Krankenpflegern und Reparaturdiensten die Möglichkeit zum kurzfristigen Parken ihrer Kfz. zu geben.

Übrigens handelt es sich bei unserem Wohnweg nach jüngsten Informationen um einen Privatweg der Wohnungsunternehmen Pro Potsdam/GEWOBA und PWG 1956.

Ist den Grundstückseigentümern/Vermietern die Sicherheit ihrer Mieter gleichgültig?

Im Auftrag der Bürgerinitiative Kurt Matthias

Aufträge der Wähler verwirklichen

Von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag

Die Koalition hatte keine 100 Tage Schonfrist. Probleme warten nicht, bis irgendwelche Fristen vorbei sind. Regierungen und Politiker müssen sofort handeln, dafür sind sie gewählt. Zugegeben, die Art der Stasi-Diskussion hat uns sehr behindert. Geschichte holt einen immer wieder ein, deshalb gibt es eben keinen Schlussstrich unter eine Diskussion. Das steht auch deshalb so in unserem Koalitionsvertrag, das werden wir auf unserem Parteitag im März und in der Gesellschaft nicht zum letzten Mal diskutieren. Leider ist bei dieser Debatte untergegangen, dass wir in den vergangenen

vier Monaten hart gearbeitet haben, sowohl in der Fraktion als auch unsere Minister.

Auch in der Arbeit der Landtagsfraktion hat sich eine ganze Menge geändert. Durch den Wegfall des Oppositionszuschlags arbeiten wir mit weniger Geld und weniger Mitarbeitern, haben aber mehr Verantwortung. Unsere Anträge landen jetzt nicht mehr im Papierkorb, sondern werden im Parlament diskutiert – wir können sie durchsetzen. Dazu müssen wir uns aber mit der SPD im Vorfeld auf den Punkt abstimmen – in einem oft extrem engen Zeitkorsett. Das ist oft gar nicht so einfach,

denn es sollte immer eine wirkliche Debatte dazu geben, weder basta noch husch-husch.

Die Fraktion will in Zukunft Schrittmacherin oder „Erfüllungsgehilfin“ sein. Das gehört zusammen. Wir sind gemeinsam mit der SPD in der Verantwortung, gemeinsam werden wir Aufträge der Wähler durch Beschlüsse im Parlament verwirklichen. Gleichzeitig wollen wir als LINKE der Koalition Impulse geben für mehr soziale Gerechtigkeit. Natürlich bedeutet das, Dinge voranzutreiben, manchmal auch durch harte, aber immer faire Diskussionen mit der SPD.

Die nächsten großen Vorhaben stehen an. Dringlichste Aufgabe ist, den Haushalt für 2010 aufzustellen. Spätestens im Juni muss er vom Parlament verabschiedet werden. Damit sind deutliche Weichenstellungen verbunden. Wir wollen trotz Krise alle zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleisten und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpfen. Außerdem wollen wir das Vergabegesetz mit einem existenzsichernden sozialpflichtigen Mindestlohn im Parlament verabschieden.

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Das Brandenburger Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) versteht sich als Ministerium für Lebensqualität. Zu seinen Aufgaben gehört: die Umwelt zu erhalten, die Gesundheit zu fördern und den Verbraucherschutz zu stärken. Ziel ist es, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger gut aufgeklärt in einer gesunden und umweltverträglichen Umgebung leben. Das Ministerium ist oberste Landesbehörde und gliedert sich in die Aufgabenbereiche:

- Gesundheit
- Verbraucherschutz (und Veterinärwesen)
- Naturschutz
- Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit (mit Abfallwirtschaft)
- Wasser und Bodenschutz (mit Altlasten).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums gehört das neue Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Foto: Anita Tack im Januar auf der Grünen Woche

Verbraucherschutz ist Voraussetzung für gute Lebensqualität

Im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat Brandenburg den Vorsitz in der Verbraucherschutzministerkonferenz. Drei Fragen an Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Gibt es linke Verbraucherschutzpolitik?

Anita Tack: Verbraucherschutz stärkt die soziale Gerechtigkeit. Es ist ein Politikfeld, von dem alle Bürgerinnen und Bürger täglich betroffen sind. Umfassender und wirkungsvoller Verbraucherschutz ist Grundvoraussetzung für eine gute Lebensqualität. Ich setze mich für eine qualitativ hochwertige und in alle Landesteile hinein wirkende Verbraucherberatung und -information ein. Diese darf nicht nur für Gut- und Besserverdienende, sondern

muss vor allem für sozial Benachteiligte nutzbar sein.

Was muss für einen besseren Verbraucherschutz getan werden?

Anita Tack: Unsere Arbeit steht unter dem Motto: „Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher“. Zum einen müssen Verbraucher besser vor Täuschungen geschützt werden. Wo Käse drauf steht, muss auch Käse drin sein und nicht Käseimitat. Zum anderen geht es um die Stärkung der rechtlichen Position der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Anbietern. Beispielsweise müssen die zunehmende Abzocke im Internet wirksamer bekämpft und die Finanzkompetenz gestärkt werden.



Mündige Verbraucher – ist das nicht eine Illusion?

Anita Tack: Verbraucher selbst müssen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich und mit einem guten Wissen ausgestattet, richtige Entscheidungen treffen zu können. Deshalb setzen wir auf altersgemäße Bildungsangebote vom Kindergarten an. Wir alle müssen uns ständig weiterbilden. Verbraucherschutzpolitik kann den Rahmen schaffen, aktiv werden muss jeder einzelne.

Können DIE denn rechnen?

Erste Rechnung des roten Finanzministers stimmt – so soll es bleiben

Nachdem Ende Oktober letzten Jahres das Regierungsteam komplett war, staunte man in der Republik wohl am meisten darüber, dass an die LINKE ausgerechnet das Finanzressort gefallen war. „Die können doch nicht rechnen“, so die allgemeine Überzeugung.

Keine vier Wochen später las man dann über Helmuth Markov: Der „Hüter des Haushalts“ will „keinen Nachtragshaushalt“, was praktisch bedeutete, nicht mit neuen Schulden in die rot-rote Koalition zu starten. Stattdessen freute er sich, dass bereits „zwei Drittel der Konjunkturpaketmittel“ in Brandenburg ihre Investitionswirkung entfalten und das



„öffentliche Eigentum des Landes gestärkt wurde“, nachdem im Dezember weitere Anteile an der Investitionsbank ILB in Landes-eigentum übergangen.

In diesen ersten hundert Tagen

entstand der Entwurf des Haushaltsplanes für 2010. Dies bedeutete, den politischen Konsens des Koalitionsvertrages in Zahlen zu gießen. „Mutig“ fand Helmuth Markov (Foto) den zwei Tage vor Heiligabend gefassten Entschluss der Regierung, die Kreditaufnahme für 2010 auf maximal 700 Millionen Euro zu begrenzen – und arbeitete seither gemeinsam mit seinen Ministerkollegen daran, das Wort in die Tat umzusetzen. Und zwar, ohne die Rücklagen des Landes völlig aufzubrechen, und zwar ohne „betriebsbedingte“ oder wie auch immer begründete Kündigungen im Landesdienst, und zwar, ohne die Fachressorts der Handlungs-

unfähigkeit preiszugeben. Es wird nach den ersten hundert Tagen „rot-rot“ in Brandenburg funktionstüchtige Schulen und Kindergärten geben und ein „Schüler-Bafög“, Gerichtsstandorte werden erhalten und mehr Richter eingestellt, es wird weiterhin in die wirtschaftliche Entwicklung investiert und der Messestandort Frankfurt/Oder neu belebt, der Verbraucherschutz als soziale Aufgabe wird gestärkt und ausgebaut. Alles dies findet sich im Haushalt 2010 wieder, ist durchgerechnet und durch das Land finanzierbar. Die erste Rechnung des roten Finanzministers stimmt also – und so soll es bleiben.

Mensch! Ärgere! Dich! Nicht!

Die Fraktion DIE LINKE hat dem Ministerpräsidenten anlässlich des Neujahrsempfangs ein „Mensch ärgere dich nicht“-Spiel geschenkt (Foto). Dazu erklärten Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der Parlamentarische Geschäftsführer Christian Görke: „Hin und wieder muss auch in einer Koalition der eine vorangehen und der andere nachziehen. Das kann Verdruss bereiten, zuweilen auch Ärger. Damit der aber schnell ver-

fliegt, empfiehlt sich unser Teamspiel. In der volkstümlichen Variante wird es „Mensch ärgere dich nicht“ genannt. Es geht auf ein altes indisches Spiel namens Pachisi zurück.

In unserer rot-roten Variante (ausschließlich rote Figuren) liegen Betonung und Ausrufezeichen nach jedem Wort: Mensch! Ärgere! Dich! Nicht!

Das Spiel hat sich über Jahrhunderte in der Konfliktbewältigung



bewährt. Es gilt immerhin als das populärste Gesellschaftsspiel Deutschlands. Damit hat es seinen demokratischen und volksnahen Charakter längst bewiesen – für Volksparteien eine nicht unwichtige Einordnung.

Sollte es also einmal ganz schlimm kommen, wird das Spiel gute Dienste leisten, um danach entspannt und konzentriert als rote-rote Mannschaft den politischen Alltag zu meistern.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes

Aus der 100-Tage-Bilanz des Wirtschafts- und Europaministeriums

Brandenburg bildet gemeinsam mit Berlin einen Wirtschafts- und Sozialraum. Die deutsche Hauptstadtregion mit den jeweiligen Standortvorteilen des Flächenlandes Brandenburg und der Metropole Berlin voranzubringen – das wollen die Wirtschaftsressorts beider Länder in enger Kooperation miteinander erreichen und unnötige Konkurrenzen vermeiden. Wichtiges Feld der Zusammenarbeit: die Innovationspolitik. „Grundzüge einer gemeinsamen Innovationsstrategie sind bereits vorhanden. Wir prüfen derzeit, wie sich auf dieser Basis eine integrierte Innovationsstrategie entwickeln lässt, in der das Landesinnovationskonzept Brandenburg und der Quadrigaprozess in Berlin aufgehen“, sagte Ralf Christoffers. Darauf hat sich der brandenburgische Wirtschaftsminister mit seinem Berliner Amtskollegen Harald Wolf verständigt.



Minister Ralf Christoffers

„Wir werden auch mit Berlin abstimmen, auf welche Branchenkompetenzfelder wir uns künftig gemeinsam konzentrieren wollen“, so Christoffers weiter mit Blick auf die derzeit laufende Evaluierung der Wirtschaftsförderstrategie. Das Modell der Branchenkompetenzfelder habe sich im Grundsatz bewährt, es seien aber zu viele. Deshalb hat Christoffers das Konzept auf den Prüfstand gestellt. Ergebnisse werden Mitte des Jahres vorliegen. Danach erfolgt die Abstimmung mit Berlin über gemeinsame Wachstumsbranchen. Darüber hinaus wird Brandenburg einige weitere Felder festlegen.

Schnell greifende Einzellösungen konnten in der Wirtschaftsförderung bereits umgesetzt werden – so die Herabsetzung der Untergrenze für die Lohnkostenförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbes-

serung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 35.000 auf 25.000 Euro bei gleichzeitigem Verzicht auf Ausnahmen.

Gestartet wurde die neue Förderrichtlinie „Brandenburger Innovationsgutscheine“. Sie wendet sich an kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen, die im Rahmen gemeinsamer Kleinprojekte mit Hochschulen oder Forschungsinstituten Innovationsvorhaben vorbereiten und umsetzen möchten.

Mit einem Ideenwettbewerb ist zudem das „Brandenburger Innovationsprogramm zur Förderung der Implementierung neuer Lösungen für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (ProVIEL) an den Start gegangen. Ziel: die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien. ProVIEL fördert neuartige Wertschöpfungsketten, Zu-

liefernetzwerke, innovative Dienstleistungen und auch Prozessoptimierungen.

In Kürze wird ein Frühphasenfonds für junge technologieorientierte Unternehmen aufgelegt. „Damit wollen wir die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen verbessern, die sich noch in der Phase des Betriebsaufbaus befinden, aber in absehbarer Zeit neue Projekte oder Dienstleistungen auf den Markt bringen werden“, erklärte Christoffers. „Für einen solchen Fonds besteht Bedarf, weil Privatinvestoren vielfach nicht bereit sind, das in der Frühphase bestehende hohe Risiko einzugehen.“

Angeschoben hat Minister Christoffers zudem die Einrichtung eines Bürgschaftssystems zur Vorfinanzierung von Auslandsaufträgen. Vergleichsweise kleine märkische Firmen hätten hier zunehmend Schwierigkeiten. „Wir müssen das Verhältnis

von Binnen- und Exportwirtschaft besser ausbalancieren, um damit zu mehr Stabilität der Wirtschaft zu kommen“, sagte Christoffers. Das neue Instrument befindet sich derzeit in der Prüfung.

Intensiv setzt sich Minister Christoffers zudem für eine Fortführung der Kohäsionspolitik der EU ein. Diese habe sich bewährt, und es sei wichtig, dass angemessene Übergangsregelungen für die aus der Konvergenzförderung herausfallenden Regionen (Ziel 1) geschaffen würden und das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Ziel 2) erhalten bleibe. „Die politischen Entscheidungen, die hierzu in diesem und im nächsten Jahr fallen, entscheiden über die Entwicklung bis zum Jahr 2020 – und damit über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“, unterstrich Christoffers.

Neuzuschnitt des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten

Mit der neuen Legislaturperiode hat sich der Zuschnitt des Ministeriums geändert: Aus dem Ministerium für Wirtschaft (MW) wurde das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE). Eine Erweiterung, für die sich Minister Christoffers intensiv eingesetzt hat. Mit dem Übergang der Zuständigkeit für Europa und internationale Angelegenheiten auf das MWE werden die dort gesammelten Erfahrungen im innerstaatlichen, außenwirtschaftlichen und beihilferechtlichen Bereich mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen im Lande koordiniert – um so die brandenburgischen Interessen frühzeitig im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der EU zu artikulieren. Dem dient unter anderem die Mitgliedschaft des Ministers im Ausschuss der Regionen der EU. Europapolitik reduziere sich nicht allein auf Wirtschaftspolitik, machte Christoffers deutlich. Es gehe auch darum, die zivilgesellschaftlichen Aspekte europäischer Entwicklung zum Tragen zu bringen. „Europäische Entwicklung vollzieht sich innerhalb der europäischen Regionen. Und wir haben gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn die Verantwortung dafür wahrzunehmen“, sagte Christoffers.

Anlässlich des Internationalen Frauentags und der Frauenwoche 2010 laden DIE LINKEN.Potsdam und Anita Tack, MdL, ein:

130 Tage regieren mit der LINKEN – sozialer, gerechter, anders?“

Gerlinde Krahnert im Gespräch mit Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Haus der LINKEN, Alleestraße 3, 14469 Potsdam
Termin: Mittwoch, 10.3.2010, 16 Uhr
Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt.

Immer donnerstags:

Sprechstunde von Anita Tack, Landtagsabgeordnete und Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Stadtverordnete

10.00 - 13.00 Uhr

Wahlkreisbüro Anita Tack
Haus der LINKEN
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Tel. (0331) 20009-34
Fax (0331) 20009-12
Aufgrund zahlreicher Termine wird Anita Tack nicht immer persönlich vor Ort sein können. Aber ihre Mitarbeiter haben immer ein offenes Ohr für Ihre Anregungen, Fragen sowie Probleme...
Gleichzeitig ist auch das Büro des Kreisvorstands zu dieser Zeit besetzt.

Wunderheiler auf Werbetour

Die Politik streitet um eine Gesundheitsreform. Die Kassen greifen den Versicherten schon mal gleich in die Tasche. Unsicherheit und Sorge allerorten. Was Wunder, dass sich da Typen finden, die die Gelegenheit nutzen, um selbst massiv abzukassieren. Ihr Gewerbe gab es schon vor Jahrhunderten. Im Mittelalter zogen sie über die Märkte und priesen ihre geheimen Rezepte und Tinkturen gegen alle nur erdenklichen Leiden und Beschwerden an. Heute kommen sie moderner daher, im Mantel neuester Wissenschaft, und laden ihre ausgesuchten Opfer zu seriösen Informationsveranstaltungen.

So geschehen kürzlich in einem Hotel am Rande der Landeshauptstadt. Eine Interessengemeinschaft hatte zu einem Info-Tag unter dem Motto „Gesund und vital – auch im Seniorenalter“ geladen. Wertvolle Informationen zu Herz-Kreislauf-Problemen, Schlaflosigkeit, Blasen-schwäche, Diabetes und Rheuma und vielem anderen, was alte Menschen bedrückt, waren angekündigt. Es sei keine Werbe- oder Verkaufsveranstaltung, das wurde auf Anfrage vom Einladerver-sichert. Mehr als zwanzig Senioren vertrauten der freundlichen Einladung. Und der Beginn schien ihr Vertrauen denn auch zu rechtfertigen. Eine nette junge Dame kündigte ihnen zur Begrüßung einen Experten in Gesundheitsfragen an, einen unabhängigen Fachmann, wie sie ausdrücklich betonte.

Der Fachmann startete zunächst mit der Weisheit, dass die Zellen des menschlichen Körpers und damit seine Organe mit zunehmendem Alter abbauen. Aber nun gebe es ein Mittel, die Alterung zu stoppen, die Zellen zu reaktivieren und dem Menschen ein längeres Leben

voller Gesundheit und Tatkraft zu erlauben. Dieses Mittel werde von einer Schweizer Firma aus japanischen Algen hergestellt und von ihm könne man es erwerben. Damit war das Thema reiner Informationsveranstaltung und unabhängiger Fachmann schon zu Anfang vom Tisch. Dafür ging der Experte den Rentnern mit DDR-Vergangenheit gleich kräftig um den Bart. Mit der Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie von Manfred von Ardenne war Ihr Land ja einmal einsame Spitze in der Welt, lobte er. Aber das sei nun Schnee von gestern. Das neue Mittel sei fünfzigmal wirksamer. Und um das zu be-

legen, zitierte er aus der Untersuchung eines Max-Planck-Institutes: „Wir haben gehört, dass Patienten, die nur noch ein paar Monate zu leben gehabt hätten, nach der Behandlung eine geradezu an Wunder grenzende Besserung erlebten. Das ist ein großer Fortschritt in der Herzmedizin.“

So wissenschaftlich abgesichert, rechnete der Referent vor, wie mit seinem Angebot quasi alle menschlichen Leiden behoben werden könnten. Nach so viel Euphorie nun die Frage aus dem beeindruckten Publikum: Warum wird das denn nicht im großen Maßstab angewendet?

Darauf die drastische Antwort: weil die Pharma-Industrie nicht möchte, dass der Bedarf an ihren Pillen sinkt, weil große Teile dieser Industrie, des Gesundheitswesens und der Ärzte bis hin zur Politik durch und durch kriminell organisiert sind.

Starker Tobak. Der Experte weiß, wie er seine Schäfchen nehmen muss. Und er setzt noch eines drauf, als es um den Preis des Wunder-Elixiers geht. Da gibt es große Unterschiede, sagt er. In Reha-Kliniken wird es für 3000 bis 3500 Euro verkauft. Bei Zwischenhändlern kostet es 1300 bis 1700 Euro. Aber bei mir bekommen Sie es noch billiger. Für den Klinikpreis hat er auch gleich eine Erklärung zur Hand: weil die Kliniken geschmiert werden müssen! Und dann verrät er seinen Preis: Bei mir zahlen Sie keine 3500, keine 1700 Euro, bei mir zahlen Sie – Pause – nur ein-tausend Euro! Der Superpreis hat allerdings einen Haken. Interessenten müssen sich sofort entscheiden. Ob das nicht unerlaubter Druck ist, eine Art von Erpressung? Man müsse doch Zeit haben, sich die Sache zu überlegen. Der Experte explodiert förmlich. Im Tone höchster moralischer Entrüstung wendet er sich an sein Publikum: Ist mein Angebot nicht gut? Fühlen Sie sich unter Druck gesetzt? Fühlen Sie sich erpresst? Der Chor antwortet wie erwartet. Und schon werden die ersten Aktendeckel mit Vertragsunterlagen hereingereicht. Ein Ehepaar neben mir greift danach. Ob es wirklich unterschrieben hat und wie viele andere noch? Ich weiß es nicht. Ich gehe und warte auch nicht auf das versprochene tolle Abendessen – Hirschgulasch mit Rotkohl aus der Hotelküche. Ich bin schon satt!

Kurt Seeger



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 02.03.2010, 14.30 Uhr: Stunde der Musik: „Nach grüner Farb' mein Herz verlangt – von frohen Liedern und seltsamen Bräuchen zum Osterfest“. Der Musikwissenschaftler Herr Dr. Eberhard Rudolph erzählt Ihnen Interessantes und Wissenswertes von unglaublichen, lustigen oder schicksalhaften Begebenheiten und von den Träumen der Menschen. *Dahlweid

Donnerstag, 04.03.2010, 18.00 Uhr: Donnerstagsgespräch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen mit Matthias Krauß. **RLS

Freitag, 05.03.2010, ab 10.00 Uhr: „Friedenssicherung in Asien“ Tagung im

Haus der Brandenburg-Preußischen Geschichte, Kutschstall Am Neuen Markt, Potsdam. **RLS

Montag, 08.03.2010, 13.30 Uhr: „Expedition in die Antarktis – eine zerbrechliche Wildnis am Ende der Welt“ mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Korth. *Dahlweid

Mittwoch, 10.03.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Dienstag, 16.03.2010, 14.30 Uhr: „Tibet – das Dach der Welt“. Fotografische Reise mit Bishnu Karki in seine Heimat, den Himalaya. *Dahlweid

Freitag, 19.03.2010, 18.00 Uhr: Gebrauchswerte Medien: „Kein Krieg ohne Mittun der Medien“ mit Andreas Zumach, Journalist bei der UNO-Genf. **RLS

Sonabend, 20.03.2010, 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Ein Livekonzert der besonderen Art mit der kleinen Band „Turlough“. *Dahlweid

Montag, 22.03.2010, 14.30 Uhr: „Phantastische Tierwelt, Teil 2“. Eine interessante Reise mit Karl Kreutz. *Dahlweid

Dienstag, 23.03.2010, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit unseren Stadtverordneten „Stadtpolitik und Sport in Potsdam“. Dr. Herbert Schlomm diskutiert mit dem Stadtverordneten Rolf Kutzmutz über Schwimmhalle, Luftschiffhafen und Karl-Liebke-Stadion. Wie läuft es bei Babelsberg 03 und bei Turbine Potsdam? *Dahlweid

Mittwoch, 24.03.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Freitag, 26.03.2010: „M!PÖRT“ aus Bernburg mit seinem Programm „Abgefrackt“. Club SternKabarett

im Bürgerhaus STERN*ZEICHEN, Reservierungen unter (0331) 6 00 67 -61 oder -62.

Montag, 29.03.2010, 14.30 Uhr: „Dorothea Elisabeth Ritter, das Schicksal einer Potsdamerin“ – erzählt von Eva Dobrzinski-Petersein. *Dahlweid

Dienstag, 30.03.2010, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag – April, April – er weiß nicht, was er will“ mit Manfred Bischoff. Wir schicken Sie nicht in den „April“ und suchen lieber Ostereier. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost
**RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53, 14467 Potsdam